

## Sozialstruktur

### Intention und Anlage des Heftes

Das vorliegende Heft zielt darauf, verschiedene Sozialstrukturdaten in Deutschland anhand eines politischen Problems exemplarisch nutzbar zu machen. Es geht darum, die Auswirkungen sozialer Ungleichheit auf das politische und gesellschaftliche System zu untersuchen. Die zentrale Frage ist folglich, was soziale Unterschiede für die Demokratie in Deutschland bedeuten.

In der Politikwissenschaft entfacht sich diese Diskussion am Konzept der politischen Gleichheit. So stellen Forscherinnen und Forscher im Bereich der politischen Partizipation fest, dass die Möglichkeiten zur politischen Beteiligung zwar für alle Menschen gleichermaßen gelten, dass diese Möglichkeiten aber in der Realität sehr unterschiedlich genutzt werden – und zwar abhängig vom sozioökonomischen Status einer Person. Wahlen, politische Entscheidungen oder auch der öffentliche Diskurs werden folglich nur von einem Teil der Bevölkerung bestimmt; eine politische Gleichheit gibt es laut diesen Forscherinnen und Forschern nicht. Ziel des Heftes ist es einerseits, Zusammenhänge zwischen politischer Teilnahme und sozioökonomischen Status nachvollziehbar zu machen. Andererseits soll es auch darum gehen, Konsequenzen daraus zu diskutieren und den Handlungsbedarf für die Politik aus verschiedenen Perspektiven zu erörtern.

Dazu ist das Heft in folgende Kapitel unterteilt:

- Nach einer Einleitung, in der Begriffe geklärt und die zentrale Fragestellung des Heftes erarbeitet werden, thematisiert das zweite Kapitel den Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und den politischen Entscheidungen in einer Demokratie. Dies geschieht am Beispiel eines Volksentscheids in Hamburg, in dem die von der Bürgerschaft verabschiedete Reform des Bildungssystems gekippt wurde.
- Das dritte Kapitel wendet sich vom reinen Problembau ab und analysiert mögliche Lösungsansätze. Hier soll aus verschiedenen Perspektiven über die Einführung einer Frauenquote zur Herstellung von Geschlechtergleichheit diskutiert werden.

- Im abschließenden Kapitel werden die Erkenntnisse aus allen Kapiteln zusammengeführt und anhand eines konkreten Vorschlages zur Beseitigung politischer Ungleichheit (die Einführung einer Wahlpflicht) diskutiert, welche Konsequenzen aus den vorangegangenen Kapiteln gezogen werden sollten. Das Konzept der politischen Gleichheit wird hier aus einer liberalen und konservativen Perspektive auf den Prüfstand gestellt und hinterfragt, ob ungleiche politische Beteiligung in der Tat so nachteilig ist.

Im Folgenden wird auf einzelne zentrale „Stellschrauben“ im Unterrichtsverlauf eingegangen. Es werden jeweils kurz die Zielsetzung der Stunde(n) sowie (wenn erforderlich) methodische Hinweise dargelegt, um anschließend mögliche Lösungen/Erwartungshorizonte für einige der Aufgaben aufzuzeigen. Dabei gilt: Es können durchaus andere Lösungen gefunden werden, wenn sie sich plausibel aus dem Material ableiten und begründen lassen.

### Inhaltliche Struktur des Heftes

#### 1. POLITISCHE GLEICHHEIT IN DEUTSCHLAND ZWISCHEN ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT

##### Kinderarmut als Fallbeispiel sozialer Ungleichheit/Video-Analyse (S. 3–6)

Der Einstieg in das Thema des Heftes erfolgt über einen exemplarischen und schülerorientierten Ansatz: Die Auseinandersetzung mit einem Beitrag aus der „Sendung mit der Maus“ zum Thema Kinderarmut. Anhand konkreter Rechenbeispiele aber auch visuell eingängiger Veranschaulichungen werden Ursachen und Folgen von Armut in einfachen Worten erklärt. Dabei liegt der Fokus der Sendung auf der Erfahrbarmachung von Armut auf individueller Ebene.

Entscheidend für diesen Einstieg ist:

1. Die stetige Rückbindung an die eigene Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler,



Unter  
**WOCHENSCHAU  
ONLINE**

finden Sie zusätzliche  
Materialien und Hinweise  
zu diesem Heft,  
u. a. ein Glossar zu zentralen  
Fachbegriffen

**Armut als  
Problem für die  
Demokratie**

**Abruf des Beitrags unter:**  
[www.wdrmaus.de/sachgeschichten/sachgeschichten/was\\_braucht\\_man\\_zum\\_leben.php5](http://www.wdrmaus.de/sachgeschichten/sachgeschichten/was_braucht_man_zum_leben.php5)

2. das Material zur Analyse zu nutzen und damit auf ein für Oberstufenschülerinnen und -schülern angemessenes Niveau zu heben,
3. den vor allem individuellen Zugang zum Thema zu reflektieren und in den nächsten Stunden gezielt zu erweitern.

**Erwartungshorizonte:**

- S. 4, Aufgabe 2: Dienstag – Schnürsenkel, Apfelsaft, Toilettenpapier; Mittwoch – neue Jeans, Friseur; Donnerstag – Essen, neues Buch; Freitag – Kleinigkeiten, Schulheft, Chips, Äpfel; Samstag – Pizza, Kino, Schwimmbad; Sonntag – Essen, Käsekuchen
- S. 4, Aufgabe 5: Armut wird vor allem als gesellschaftliches Problem dargestellt; kaum Reflexion von Chancenungleichheit

	Verteilungsgerechtigkeit	Chancenungleichheit
individuell erworben	Versorgung von Kindern	
gesellschaftlich zugeschrieben	wenig Verdienst, Pflege von Kranken bzw. der älteren Generation, keinen Job gefunden	Flucht, (geringer Verdienst)

- S. 6, Aufgabe 1: Folgen auf individueller Ebene – man muss immer nachrechnen, individueller Verzicht, häufig Entscheidungen gegen Spaß und soziale Integration (z. B Fußballverein)
- S. 6, Aufgabe 2: „Was-man-zum-Leben-braucht-Kugel“ mit Fähnchen (mehr und weniger), Warenkorb, Ausgaben für die Woche mit konkreten Zahlen, Rechenbeispiele (Fahrrad, Fußballverein), Ausgaben pro Woche (19 € = „normal“ Leben, 15 € = errechneter Anspruch für Kinder, 9 € = errechneter Anspruch für Kinder nach Hartz IV)
- S. 6, Aufgabe 3: Die Sendung stellt Kinderarmut in den Kontext sozialer Ungleichheit. Die Gründe für Armut in Deutschland werden vor allem auf gesellschaftlicher Ebene betrachtet. Ein Kind, das in Armut aufwächst und täglich verzichten und rechnen muss, hat dabei schlechtere Lebens- und Verwirklichungschancen als Kinder aus wohlhabenderen Elternhäusern. Es wird zwar auch betont, dass es einen Unterschied macht, ob man die gegebenen Möglichkeiten individuell nutzt: Die Rechenbeispiele verdeutlichen, dass es durchaus möglich ist, die für die Schule und Ernährung notwendigen Dinge zu kaufen und sich trotzdem sozial zu integrieren (z. B. im Verein). Armut ist allerdings laut der Sendung vor allem nicht gerecht. Die Vorstellung sozialer Ungleichheit in dem Beitrag ist folglich weniger so-

zialwissenschaftlich, sondern wird eher in den Zusammenhang der Ungerechtigkeit gestellt.

- Vermutete Intention: Empathie und Mitgefühl erwecken, Gegenbild schaffen zu der Vorstellung, dass arme Menschen faul seien.

**Soziale Ungleichheit und politische Gleichheit: Welche Form der Gleichheit braucht die Demokratie? (S. 9–11)**

**Erarbeitung der Kontroverse (S. 9)**

Demokratie basiert auf der Gleichheit ihrer Bürgerinnen und Bürger (Koschmieder 2015: Zeile 7f.). Die in der Politikwissenschaft diskutierte Frage ist allerdings, welche Art der Gleichheit in einer Demokratie hergestellt werden sollte. Reicht es aus, dass alle Bürgerinnen und Bürger die gleichen Rechte zur Partizipation bekommen, oder sollen diese Rechte zur gleichen Anwendung kommen (Keil 2012: Z. 14 ff.)? Bisher gibt es in Deutschland zwar grundsätzlich die gleichen Rechte zur Partizipation, jedoch führen bestehende soziale Ungleichheiten zu einer Ungleichheit in der tatsächlichen Partizipation (Keil 2012: Z. 8ff.).

**Erwartungshorizonte:**

- Aufgabe 2: Demokratie basiert auf politischer Gleichheit; soziale Ungleichheit führt aber zu ungleicher Partizipation. Heißt das, politische Gleichheit ist nicht realisiert und Demokratie in Deutschland daher gefährdet?
- Aufgabe 3: Mögliche Formulierungen der Kontroverse: gleiche Rechte vs. gleiche Anwendung; Anspruch/Norm/Idee vs. Realität/Umsetzung; gleiche Chancen vs. gleiche Nutzung; Gleichberechtigung vs. reale politische Gleichheit

**Erarbeitung sozialer Dimensionen (S. 10–11)**

Die Diskussion um politische Gleichheit ist eng verknüpft mit Vorstellungen von (sozialer) Gerechtigkeit. Die beiden Texte auf S. 9 greifen diese Vorstellungen auf, ohne sie explizit zu machen. Daher ist es zunächst wichtig, die Vorstellungen für die Schülerinnen und Schüler sichtbar zu machen. In einem zweiten Schritt soll die bisher nur abstrakt vorgestellte Kontroverse anhand der im Heft untersuchten sozialen Dimensionen exemplarisch nachvollzogen werden. Die Schülerinnen und Schüler erarbeiten sich das Material zunächst arbeitsteilig in Partnerarbeit und wenden die ausgetauschten Informationen im Anschluss gemeinsam auf weitergehende Aufgabenstellungen an. Es empfiehlt sich eine Zwischensicherung nach der zweiten Aufgabe. Den ausführlichen Erwartungshorizont finden Sie unter [wochenschau-online.de](http://wochenschau-online.de).

**Alltagsvorstellungen von sozialer Ungleichheit**

# AUSSCHREIBUNG

Die Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und  
Erwachsenenbildung (GPJE) lobt aus:

## Ursula-Buch-Preis 2016

**Der Preis wird ausgelobt für herausragende  
politikdidaktische Dissertationen und Forschungsarbeiten von promovierten  
Nach Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern.**

Die Bewerbungen richten Sie bitte **bis zum 20. Februar 2016**  
an den Sprecher der GPJE.

Die Bewerbung umfasst folgende Unterlagen: Lebenslauf über den  
wissenschaftlichen Werdegang, Publikationsverzeichnis, Publikation der  
Dissertation/des Forschungsprojektes (4x), Kopie der Promotionsurkunde  
(fordert bei Fremdvorschlägen die Jury-Kommission des Ursula-Buch-  
Preises an). Selbstbewerbungen sind möglich.

Weitere Informationen zum **Ursula-Buch-Preis** sowie dessen Satzung finden  
Sie auf der Homepage **[www.gpje.de](http://www.gpje.de)**.

**Bewerbungen bitte an den**



Sprecher der GPJE  
Prof. Dr. Thomas Goll  
Professur für Sozialwissenschaften und ihre Fachdidaktik  
TU Dortmund  
Fakultät Erziehungswissenschaft, Psychologie und Soziologie  
IDIF – Institut für Didaktik integrativer Fächer  
August-Schmidt-Str.6  
44221 Dortmund

**Gestiftet von**



## 2. EIN VOLKSENTSCHIED ZUR BILDUNGSREFORM: MEILENSTEIN DER DEMOKRATIE ODER ETAPPENSIEG DER PRIVILEGIERTEN?

### Bildungsgerechtigkeit in Deutschland – für wen? (S. 14–16)

Im Onlinebereich finden Sie eine ausführliche Methodenkarte zur Durchführung des Ungleichheitsspiels

Nach der Bewusstmachung sozialer Ungleichheiten im Bildungssystem anhand des Ungleichheitsspiels bieten diese Seiten Datenmaterial, um die bestehenden Ungleichheiten zu belegen. Ziel der Unterrichtsstunde(n) ist es, dass die Schülerinnen und Schüler die sozialen Ungleichheiten im Bildungssystem aus dem Material herausarbeiten. Dabei wird die grundsätzliche Erkenntnis des Einstiegs Kapitels, dass Bildungserfolg vom sozialen Hintergrund der Eltern abhängt (S. 11), wieder aufgegriffen.

Zur Erinnerung an die für das Thema grundlegenden Konzepte sozialer Gerechtigkeit (Chancengerechtigkeit/egalitäre Gerechtigkeit vs. Leistungsgerechtigkeit) wird eine Karikatur analysiert. Anschließend erarbeiten sich die Schülerinnen und Schüler anhand der Kategorien „sozioökonomischer Status der Eltern“ und „Migrationshintergrund“, wie Bildungserfolge im deutschen Schulsystem verteilt werden.

Die Interpretation der Daten sowie das Verständnis der Operatoren (IGLU Lesekompetenz, EGP-Klassen) bedürfen mitunter weiterer Hilfestellung durch die Lehrkraft. Sinnvoll ist es sicher, diese Begriffe im Plenum zu klären, bevor die Arbeit mit den Daten in Einzelarbeit erfolgt.

Methode Lernbuffet zur Binnendifferenzierung

Methodisch würde sich zur Erarbeitung der Daten ein Lernbuffet anbieten. Dazu werden die drei Tabellen bzw. Grafiken einzeln ausgelegt. Empfehlenswert ist es, den Schwierigkeitsgrad (z. B. durch farbiges Papier) zu kennzeichnen, damit schwächere Schülerinnen und Schüler nicht verzweifeln: So befinden sich „Schulbesuch nach sozialer Herkunft“ und „Lesekompetenzen nach Migrationshintergrund“ auf einem ähnlich leichten Niveau. Die Tabelle zu „Gymnasialempfehlungen“ ist hingegen sehr komplex.

Im Lernbuffet können sich die Schülerinnen und Schüler die einzelnen Tabellen und Grafiken in eigenem Tempo erarbeiten und die entsprechende Tabelle ausfüllen (S. 16). Alle Lernenden sollten am Ende die beiden leichteren Datenquellen ausgewertet haben. Die Tabelle „Gymnasialempfehlungen“ hingegen vertieft lediglich den Einfluss sozialer Herkunft auf den Bildungserfolg und kann bei Bedarf von schnelleren/stärkeren Schülerinnen und Schülern bearbeitet werden.

### Erwartungshorizonte:

■ S. 14, Aufgabe 2: Schneider/-in (VII), KFZ-Mechaniker/-in mit 2 Angestellten (IV), Softwareentwickler/-in in mittelständischem Unternehmen (II), Richter/-in (I), Gymnasiallehrer/-in (I), Chef/-in eines Holzbaubetriebes (I), Bankkaufmann/-frau (II), Sachbearbeiter/-in im Finanzamt (II),

Kassierer/-in (VII), Besitzer/-in eines Buchladens (IV)  
 ■ S. 14, Aufgabe 3: V = höchste Stufe; I = niedrigste Stufe (Wenn Sie Ihren Schülerinnen und Schüler verdeutlichen wollen, was die verschiedenen Kompetenzstufen bedeuten, finden Sie im Onlinebereich einen Sachtext über IGLU 2011 mit Beispielaufgaben für die verschiedenen Stufen.)

### Ein Volksentscheid zur Bildungsreform (S. 17)

Mit dieser Stunde rückt das Thema Ungleichheiten im Bildungssystem in der politischen Auseinandersetzung in den Fokus. Sie verknüpft dementsprechend zwei der im Eingangskapitel erarbeiteten gesellschaftlichen Bereiche, in denen sich soziale Ungleichheit niederschlägt. Der in Hamburg am 18. Juli 2010 durchgeführte Volksentscheid zur Bildungsreform ist für die Kontroverse des Heftes dabei besonders brisant, weil sich dabei die Folgen sozialer Ungleichheit gewissermaßen doppelt zeigen. Zwar einerseits bezüglich des Bildungssystems und andererseits in der politischen Partizipation. So war das Ziel der Reform die Entschärfung sozialer Disparitäten im Bildungssystem, von der vor allem die sozial schwächer gestellten Schichten profitiert hätten. Der Volksentscheid gegen diese Reform wurde wiederum vor allem von den besser gestellten Sozialschichten dominiert – bereits während des Wahlkampfes, vor allem aber auch am Abstimmungstag selbst.

Der thematische Einstieg in diesen Volksentscheid erfolgt mithilfe des Stimmzettels und folgt damit vor allem einer Gegenstandsorientierung. Die Herausforderung der Stunde besteht darin, anhand dieses Stimmzettels die grundlegenden Parameter des Entscheids herauszuarbeiten. Der Stimmzettel eignet sich dabei für eine zunächst formale Quellenanalyse, ehe die Schülerinnen und Schüler mithilfe des Infokastens in eine stärker inhaltliche Erarbeitung von Positionen und Ablauf einsteigen. Abschließend formulieren sie ein Vorausrteil, indem sie sich für entsprechende Kreuze bei „ja“ oder „nein“ entscheiden. Dieses Vorausrteil bietet die Grundlage für die sich anschließende genauere Betrachtung des Volksentscheids.

Hinweis zum Material: Falls Sie Ihren Schülerinnen und Schüler bei der Erarbeitung mehr Hintergrundinformationen geben wollen, finden Sie im Onlinebereich einen taz-Artikel, der sich auch zum Einüben einer Textanalyse anbietet.

### Positionen zum Volksentscheid (S. 18)

Das Material für diese Stunde soll einen kontroversen Blick auf den Volksentscheid ermöglichen. Im Zentrum stehen die zwei Bürgerinitiativen, die sich in der politischen Auseinandersetzung um den Volksentscheid gegründet haben. Sie vertraten jeweils konträre Positionen, wobei „Eine Schule für alle“ für die Schulreform eintrat, und „Wir wollen lernen“ dagegen.

Einen ausführlichen Erwartungshorizont zum Arbeitsblatt auf S. 16 finden Sie unter WOCHENSCHAU-Online



Die Aufgabenstellung ist dahingehend konzipiert, dass eine Form der politischen Partizipation (an einem Infostand für die eigene Position zu werben) nachgeahmt wird. Die Schülerinnen und Schüler arbeiten dazu in Partnerarbeit und versuchen sich gegenseitig von ihren jeweiligen politischen Inhalten zu überzeugen. Sie sind folglich einmal in der Rolle eines/-r Vertreters/-in der Volksinitiativen, und einmal in der Rolle des/-r interessierten Bürgers/-in. Durch den Perspektivwechsel werden sie so gezwungen, ihre vorher vertretene Position zu hinterfragen.

Um den Simulationscharakter zu erhöhen, bietet es sich an, verschiedene Infostände im Raum zu verteilen, sodass die Schülerinnen und Schüler (wie auf einem Marktplatz) an ihren jeweiligen Infoständen stehen. Außerdem könnten Sie den Schülerinnen und Schülern die Logos ihrer jeweiligen Volksinitiative ausdrucken, sodass sie diese als Identifikation an ihrer Kleidung befestigen können.

Die kurze Simulation bedarf einer guten inhaltlichen und methodischen Vorbereitung. Da der/die Partner/-in Nachfragen stellt und sich somit an das Vortragen der eigenen Position ein Gespräch anschließt, müssen sich die Schülerinnen und Schüler ihrer Argumente als Vertreter/-in der Volksinitiative sicher sein. Zudem sollten sie für ihren Perspektivwechsel bereits mögliche Fragen an die andere Volksinitiative formuliert haben.

Durch die starke Handlungsorientierung der Stunde verschiebt sich der Fokus eher darauf, eine Argumentation einzuüben und im Anschluss die Überzeugungskraft der vorgetragenen Argumente zu untersuchen. Es findet folglich kaum eine inhaltliche Überprüfung der Argumente der Initiativen statt. Sollten Sie die Zeit dafür noch haben, wird das aber empfohlen.

So könnte es beispielsweise lohnenswert sein, einige Ausschnitte aus den von der Initiative „Wir wollen lernen“ zitierten Studien zu lesen. Ebenso könnte man bei „Eine Schule für alle“ hinterfragen, ob die Auslese nach der 4. Klasse tatsächlich gar nicht auf Leistung beruht. Empfehlenswert ist hier z. B. eine vom Bundesministerium für Bildung herausgegebene Studie zum Übergang von der Grundschule aus dem Jahr 2010 ([www.bmbf.de/pub/bildungsforschung\\_band\\_vierunddreissig.pdf](http://www.bmbf.de/pub/bildungsforschung_band_vierunddreissig.pdf)).

Um die Stunde zu beenden, könnten Sie den Einstieg noch einmal aufgreifen und die Schülerinnen und Schüler reflektieren lassen, ob die Zielsetzungen, die sie zu Beginn aus den Logos der Volksinitiativen abgeleitet haben, mit den erarbeiteten Zielsetzungen übereinstimmen.

Hinweis zum Material: Sie finden ein ausgearbeitetes Arbeitsblatt zur Erarbeitung der Argumente sowie die Logos der Initiativen im Online-Bereich.

### Kampf um Hamburgs Schulreform: Etappensieg der Privilegierten? (S. 19)

Der gesamt Panorama-Beitrag ist abrufbar unter [www.daserste.ndr.de/panorama/archiv/2010/panoramashulreform100.html](http://www.daserste.ndr.de/panorama/archiv/2010/panoramashulreform100.html).

### Mehr Demokratie – aber nur für wenige? (S. 20–21)

Das Material für diese Doppelstunde ist das Herzstück der Reihe zu Hamburgs Schulreform, werden darin doch das Thema Bildungsungleichheit und ungleiche politische Partizipation zusammengeführt. Der gewählte Ausschnitt aus einem wissenschaftlichen Arti-

## Handlungsorientierung durch Simulation

## Bildungsungleichheit und politische Partizipation



Kerstin Pohl (Hrsg.)

### Moderne Zeiten: Arbeitswelt heute

ISBN 978-3-7344-0034-6,  
136 S., € 9,80

Siegfried Frech,  
Olaf Groh-Samberg (Hrsg.)

### Armut in Wohlstandsgesellschaften

ISBN 978-3-89974898-7,  
224 S., € 17,40

Stefan Schieren

### Europäische Sozialpolitik

ISBN 978-3-89974771-3,  
160 S., € 9,80



## Zum Thema

**JETZT DEN AKTUELLEN NEWSLETTER BESTELLEN: [WWW.WOCHENSCHAU-VERLAG.DE](http://WWW.WOCHENSCHAU-VERLAG.DE)**

**Mehr Demokratie durch  
Elemente direkter  
Partizipation**

kel folgt der Frage, ob die Einführung direktdemokratischer Elemente tatsächlich zu „mehr Demokratie“ im Sinne von breiterer politischer Beteiligung führen würde. Damit greift er die Kontroverse des Heftes auf und liefert eine mögliche Sichtweise auf das Thema. Die Aufgaben sind so gestellt, dass man sie als Klausurtraining durchführen kann. Es gibt eine zentrale Fragestellung, die mithilfe der drei Aufgaben aus den verschiedenen Anforderungsbereichen erörtert werden soll. So sollen die Schülerinnen und Schüler zunächst den Ablauf des Hamburger Volksentscheids zusammenfassen und damit bisher Gelerntes wiedergeben (AFB I). Die zweite Aufgabe dreht sich um die Auseinandersetzung mit dem Material, wobei das Erfassen des Zielkonflikts die erfolgreiche analytische Durchdringung des Textes in besonderem Maße nachweist (AFB II). Der geforderte Kommentar schließlich führt zu einem persönlichen Abwägen der angeführten Argumente (AFB III). Dabei ist es besonders wichtig, die verschiedenen Perspektiven auf die Frage einzufordern. Eventuell sammeln Sie zunächst mögliche Argumente in Form einer Tabelle im Plenum. Auch bietet es sich an, die Kategorien der Fragestellung („Meilenstein für die Demokratie“ und „Etappensieg für die Privilegierten“) vorher zu definieren.

**Mehr Demokratie –  
aber nur für wenige?  
Den ausführlichen  
Erwartungshorizont  
finden Sie unter  
WOCHENSCHAU-online.de**

**Politikzyklus als  
Analyseinstrument**

**3. DIE FRAUENQUOTE: MEHR GLEICHBERECHTIGUNG ODER UNNÖTIGE BEVORZUGUNG?**

Die Reihe ist entlang dem Analyseraster eines Politikzyklus' strukturiert, was im Laufe des Unterrichts für die Schülerinnen und Schüler transparent wird. Die ersten drei Unterthemen (S. 23–31) nehmen das Problem in den Fokus. Es geht darum, das Ausmaß und die Ursachen des Problems von Geschlechterungleichheit in Deutschland zu erfassen. Die anschließende Untersuchung von beteiligten Akteuren mit ihren jeweiligen Lösungsvorschlägen, Interessen und den ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen (S. 31–34) widmet sich dem Punkt der politischen Auseinandersetzung. Das daraus resultierende Gesetz zur Frauenquote wird als Ergebnis im Rahmen einer Talkshow (S. 35–37) durch verschiedene gesellschaftliche Akteure bewertet. Da das Gesetz erst am 1. Januar 2016 in Kraft getreten ist, können die im Politikzyklus enthaltenen Phasen des Vollzugs der Entscheidung sowie deren Bewertung (noch) nicht fundierter beleuchtet werden.

**Die Frauenquote – Eine gute Sache? (S. 23)**

Der Einstieg in das Thema erfolgt über einen Radiobeitrag, in dem die Pro- und Contra-Positionen zur Frauenquote kurz zusammengefasst werden. Der Beitrag soll vor allem Vorwissen und Voraussetzungen der Schülerinnen und Schüler ansprechen. So ist es durchaus möglich und erwünscht, dass die Schülerinnen und Schüler beim Besprechen der Inhalte (Aufgabe 3) in eine kurze Diskussion einsteigen. Ziel der Stunde ist

**Abfrage von Vorwissen  
und Vorausurteilen**

es, dass die Lernenden sich selbst erarbeiten, welche Informationen sie benötigen, um sich vom reinen Schlagabtausch von Standpunkten wegzubewegen und die unterschiedlichen Standpunkte in der Debatte objektiver beurteilen zu können.

Für das Verständnis des Gesetzes ist es zentral zu verstehen, dass die Frauenquote lediglich für die Aufsichtsräte börsennotierter Unternehmen gilt und damit weder für alle Unternehmen in Deutschland noch für die Vorstände der DAX-Unternehmen.

Hinweis zum Material: Der Radiobeitrag ist online abrufbar unter [www.inforadio.de/programm/schema/sendungen/int/201503/06/frauenquote-pro-contra.html](http://www.inforadio.de/programm/schema/sendungen/int/201503/06/frauenquote-pro-contra.html).

**Geschlechterungleichheit in Bildung und Wirtschaft (S. 25–31)**

Die folgenden zwei Themen (Geschlechterungleichheit in Bildung und Wirtschaft sowie Ursachen für Geschlechterungleichheit) sind in einem Zusammenhang zu sehen. Es geht hier zunächst um die Erarbeitung der Situation und damit auch der Gründe für die Einbringung des Gesetzes zur Frauenquote. Es werden aber gleichzeitig auch mögliche Erklärungsansätze für die bestehende Ungleichheit zwischen Männern und Frauen erarbeitet. Um beide Elemente zu verknüpfen, erstellen die Schülerinnen und Schüler mithilfe der Statistiken auf den Seiten 27–29 ein Ursache-Wirkungs-Schema und ergänzen dieses nach der Lektüre der Texte auf den Seiten 30–31 (in einer späteren Unterrichtsstunde). Das Schema wird damit gewissermaßen im Laufe des Arbeitsprozesses überprüft und (vermutlich) korrigiert.

Die Erarbeitung der aktuellen Situation anhand von Statistiken ist als Expertenpuzzle angelegt. Es gibt insgesamt drei verschiedene Expertenthemen, welche Geschlechterungleichheit unter verschiedenen Aspekten beleuchten. Es empfiehlt sich, weder die Experten noch die Stammgruppen aus mehr als vier Schülerinnen und Schülern zu bilden.

Die Erarbeitung des Ursache-Wirkungs-Diagramms in der Stammgruppe ist eine komplexe Aufgabenstellung. Sie können Ihren Schülerinnen und Schüler dafür Hilfestellungen an die Hand geben. Im Onlinebereich finden Sie dazu zwei mögliche Vorentlastungen.

Es ist wichtig zu betonen, dass die Lernenden sich durch diese Aufgabe mit den Erkenntnissen aus den Statistiken auseinandersetzen sollen. Viele Phänomene kann man nicht eindeutig als Ursache oder Wirkung klassifizieren. Es sind dementsprechend durchaus unterschiedliche Lösungen möglich – wenn die Schülerinnen und Schüler sie plausibel begründen können.

**Talkshow zur Frauenquote (S. 35–37)**

Die Talkshow zur Frauenquote „ersetzt“ gewissermaßen die Betrachtung der Reaktionen auf das neue Gesetz. Da es erst am 1. Januar 2016 in Kraft trat, gibt

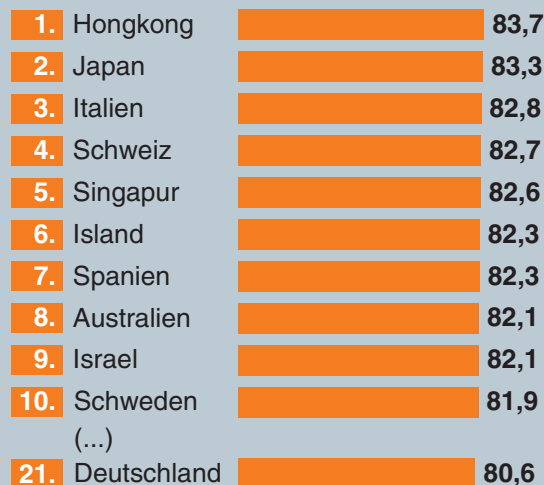


# Gesellschaft erklären mit Infografiken

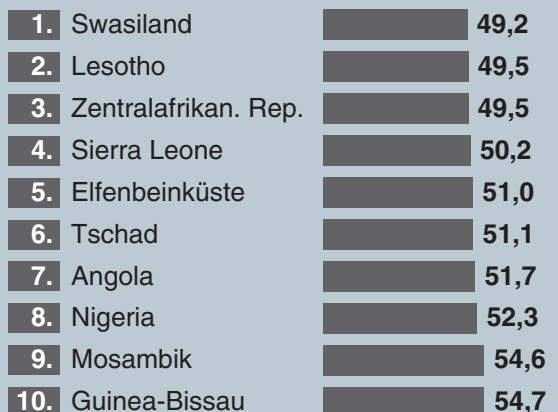
Grafik-Abonnements für Schulen

## Lebenserwartung weltweit

Top Ten der Länder/Regionen mit der  
**höchsten Lebenserwartung**  
bei Geburt in Jahren



Top Ten der Länder/Regionen mit der  
**niedrigsten Lebenserwartung**  
bei Geburt in Jahren



Stand 2010–2015 (Durchschnitt)



© Globus

Quelle: UN DESA (2015)

**Anleitung für das Expertenpuzzle, Vorlagen für Ursache-Wirkungs-Diagramme sowie mögliche Lösungen unter WOCHENSCHAU-Online**

es bisher nur vereinzelte (substanzielle) Einschätzungen der Wirksamkeit der Quote. Stattdessen übernehmen die Schülerinnen und Schüler die Rollen vier relevanter gesellschaftlicher Akteure und vertreten mithilfe ihrer Erkenntnisse aus der Reihe sowie den bereitgestellten Rollenkarten deren Perspektive auf die Einführung einer Frauenquote.

Die Rollenkarten im Heft sind entpersonalisiert, sodass die Schülerinnen und Schüler sich als Teil der Rollenfindung selbst Namen geben und die Rolle ausgestalten können. Bei der Diskussion sollten Sie allerdings darauf achten, dass sich unter den Diskutierenden zwei Frauen finden. Um eine solche „Frauenquote“ unter den Rednerinnen und Rednern zu forcieren, können Sie auch die personalisierten Rollenkarten im Onlinebereich verwenden. Welchen Zugang Sie letztlich wählen, hängt selbstverständlich von Ihrer Lerngruppe und deren Bereitschaft ab, sich in tatsächliche Personen hineinzufühlen.

**Weitere Rollenkarten, unterstützende Materialien für Moderatoren, Arbeitsblätter zur Beobachtung uvm. finden Sie unter WOCHENSCHAU-Online**

Bei der Verteilung der Rollen sollten Sie, wenn möglich, Schülerinteressen und -neigungen berücksichtigen. Es bietet sich allerdings an, die Rolle der/s Moderators/-in nicht dem Zufall zu überlassen, sondern im Voraus mit geeigneten Schülerinnen und Schülern die Übernahme der Rolle zu vereinbaren. Sinnvoll ist es auf jeden Fall, die Rolle doppelt zu besetzen, denn dann können sich die Schülerinnen und Schüler die Aufgabe teilen.

**Talkshow und Pro-Contra-Debatte**

**Mögliche Argumentationen in der Talkshow:**

**Pro: Frauenaugenquote = mehr Gleichberechtigung FiDAr e.V.:**

- Männer werden bei gleicher Qualifikation bisher bevorzugt
- Frauenquote ist wirtschaftlich (sorgt für wirtschaftlicheren Erfolg)

**Familienministerium:**

- Unternehmenskultur wird für Frauen akzeptabler (weniger frauenfeindliches Klima, Vereinbarkeit Beruf und Familie)
- Frauen als Vorbild in Unternehmen ⇒ sprechen weitere Frauen an; stellen weitere Frauen ein

**Contra: Frauenquote = unnötige Bevorzugung**

**BDI:**

- persönliche Eignung wird in den Hintergrund gestellt ⇒ sorgt für Einstellung von „Quotenfrauen“
- Frauen als gute Arbeitskräfte einzustellen ist im Interesse der Unternehmen, braucht keine Quote

**FDP:**

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss hergestellt werden – nicht eine Quote
- Freiheit der Bürger/-innen ist wichtiger als staatliche Eingriffe

**4. Wie viel Gleichheit braucht die Demokratie?**

Diese Pro-Contra-Debatte führt die Reihen des Heftes

zusammen. Sie greift abschließend die grundlegende Kontroverse auf, welche politische Gleichheit die Demokratie in Deutschland braucht, um einerseits normativen Ansprüchen gerecht zu werden und andererseits effizient zu funktionieren. Es bietet sich an, Schülerinnen und Schüler auf Aufgabe 4, S. 11 zu verweisen, um einerseits an Gelerntes anzuknüpfen, andererseits aber auch zu verdeutlichen, dass sie seitdem eine Vielzahl neuer Informationen gewonnen haben und die Frage inzwischen eventuell anders bewerten bzw. differenzierter betrachten.

Um die Pro-Contra-Debatte nicht allzu abstrakt zu gestalten, wird die Kontroverse anhand der Einführung einer Wahlpflicht in Deutschland diskutiert. Das bietet den Vorzug, dass die Schülerinnen und Schüler einen leichteren Zugang zu den Positionen und ihren Argumenten haben. Es muss allerdings mit Nachdruck darauf verwiesen werden, dass sich die Debatte nicht zu sehr auf die Wahlpflicht (z. B. ihre Praktikabilität) konzentriert. Entscheidend an der Frage ist, ob sie das geeignete Mittel ist, eine tatsächliche politische Gleichheit in Deutschland zu erreichen. Dabei soll keineswegs vorgegeben sein, dass das ein erstrebenswertes Ziel ist. Wie die zwei Contra-Rollen zeigen, stellt die Debatte genau das auf den Prüfstand und bildet damit ein Gegengewicht zu vielen Materialien im Heft, die implizit eine reale politische Gleichheit befürworten.

**Mögliche Argumente in der Pro-Contra-Debatte**

**1. Soziologe/-in:**

- Wahlbeteiligung sozialer Gruppen ist ungleich, siehe Volksentscheid in Hamburg (Geringverdienende)
- politische Entscheidungen werden deswegen zugunsten anderer sozialer Schichten (z. B. besser Verdienende) getroffen

**2. Bündnis 90/Die Grünen:**

- Verweis auf Frauenquote bei den Grünen: Unterrepräsentation von Frauen wird so behoben ⇒ Wahlpflicht würde ähnlich funktionieren und alle Gruppen einbinden
- Forderung über Wahlpflicht hinaus, alle Entscheidungen unter realer politischer Gleichheit zu treffen (z. B. auch Volksentscheide)

**3. FDP:**

- Freiheit der Bürger/-innen ist wichtiger als staatliche Eingriffe (siehe Frauenquote)
- jede/r Einzelne muss für sich frei entscheiden dürfen nicht wählen zu gehen

**4. Wir wollen lernen:**

- uninformierte und sich widerwillig beteiligende Bürgerinnen und Bürger würden das Ergebnis verschlechtern
- politische Beteiligung sollte selbstverständlich sein